

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

אנחנו

Die alte Bundesrepublik als Sehnsuchtsort

Je mehr die gegenwärtige Berliner Republik in einer Serie nicht enden wollender politischer Krisen versinkt, desto mehr erscheint die alte Bundesrepublik, also der von 1949 bis 1990 existierende westdeutsche Teilstaat, in hellerem Licht. Angesichts von Finanz-, EU-, Migrations- und Klimakrise, im Gefolge einer globalen Pandemie und vor dem Hintergrund der Rückkehr des Krieges in nur 500 km Luftlinie von Berlin wird die »alte Bundesrepublik« zunehmend zum Inbegriff einer verloren gegangenen guten alten Zeit. Diese »Westalgie« ähnelt der immer wieder aufflammenden »Ostalgie«, einer verklärten Sicht auf die ostdeutsche Gesellschaft, die von den autoritären und gewaltsamen Aspekten der Diktatur absieht und die vermeintliche Normalität betont; also Spreewaldgurken, Freikörperkultur und niedrige Mieten statt Stasi, Mauer und Überwachung erinnert. Die analoge »Westalgie« macht die alte Bundesrepublik zu einer Art biedermeierlichem Idyll von Fußgängerzonen, Samstagabendunterhaltung und Italienurlaub. Von den autoritären Aspekten der alten Bundesrepublik, die es oft mit den verfassungsmäßig garantierten Grundrechten nicht so genau nahm, oder auch dem weitverbreiteten Krisenbewusstsein, das Teil der westdeutschen DNA war, ist dabei kaum die Rede (Foschepoth 2012; Biess 2019). Der gegenwärtig postulierten zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung steht die vermeintliche soziale Geschlossenheit der alten Bundesrepublik gegenüber, die noch geprägt gewesen sei von gesamtgesellschaftlichen Ritualen wie der allabendlichen Tagesschau; eine Zeit vor der Fragmentierung der öffentlichen Meinung und des öffentlichen Diskurses durch Internet, Soziale Medien und Smartphones. Kurzum, im Kontrast zu einer krisenbehafteten Berliner Republik ist ein Mythos der »Alten Bundesrepublik« entstanden. Dabei handelt es sich um ein Phänomen, das schon seit längerer Zeit in der gesellschaftlichen Diskussion zu beobachten ist (Becker 2019). Allerdings stützt sich dieser Mythos auch auf eine professionell sanktionierte Erinnerung an die alte Bundesrepublik, die seit den 1990er Jahren von Historiker*innen konstruiert wurde. Im dominierenden Narrativ der westdeutschen Erfolgsgeschichte, zusätzlich bestärkt durch den

Zusammenbruch der DDR und die deutsche Vereinigung, wurden zurecht die Errungenschaften der westdeutschen Demokratie betont. Gleichzeitig gerieten in diesen Erfolgserzählungen problematische Aspekte der bundesrepublikanischen Gesellschaft zunehmend aus dem Blick. Insofern hat diese Historiographie dazu beigetragen, ein idealisiertes und geschöntes Bild der alten Bundesrepublik zu zeichnen, einen »Mythos Bundesrepublik« zu konstruieren (vgl. zur Terminologie Blumenberg 1979; Münkler 2009).

Nun hat die Geschichte politischer Mythen in Deutschland eine lange Tradition. Politische Mythen wie der Bismarck-, Hindenburg- oder Hitler-Mythos dienten vor allem als Mobilisierungs- und Integrationsmechanismen autoritärer politischer Formationen. Diese Mythen waren eindeutig im Feld der Gegenaufklärung und der irrationalen politischen Emotionen verankert. Anders als das Deutsche Reich oder die Weimarer Republik, so der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler, habe die Bundesrepublik keine wirkungsmächtigen politischen Mythen hervorgebracht (Münkler 2009). Dieser Einschnitt trifft allerdings nur dann zu, wenn der Begriff »Mythos« auf seine irrationalen, anti-aufklärerischen Gehalte reduziert wird. Mythen müssen jedoch nicht notwendigerweise politisch destruktiv sein und antidemokratische Funktionen erfüllen. Denn »die Grenzlinie zwischen Mythos und Logos ist«, wie der Philosoph Hans Blumenberg argumentiert, »imaginär« (Blumenberg 1979, S. 18). Mythen sind Ursprungserzählungen, die Orientierung und Bedeutung in der Welt vermitteln. Sie ermöglichen, so Blumenberg, die Distanzierung von archaischer Furcht (ebd.). Derartige Distanzierungsmechanismen waren von existenzieller Bedeutung für eine Gesellschaft, die aus den Menschheitskatastrophen des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust hervorgegangen war. Kaum eine andere Gesellschaft hatte mehr Bedarf nach Sinnstiftung und Orientierung als die deutsche nach 1945.

Geschichtswissenschaft als Legitimation der alten Bundesrepublik

Der alten Bundesrepublik kommt innerhalb der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts ein ungewöhnlicher Platz zu. Sie erscheint erst seit 1990 als eine abgeschlossene Periode der deutschen Geschichte, der Begriff »alte Bundesrepublik« hatte vor allem in den 1990er Jahren als Gegenbegriff zu der im Entstehen begriffenen »Berliner Republik« Konjunktur, wie ein Blick in die Verwendungsstatistik bei Google N-gram zeigt. Weil aber die deutsche Vereinigung in der Ausweitung des Grundgesetzes auf das Gebiet der ehemaligen DDR bestand, bildet die heutige Berliner Republik auch die historische

Fortsetzung der alten Bundesrepublik. Die Geschichte der alten Bundesrepublik ist also immer auch eine Vorgeschichte unserer Gegenwart, deren historische Beurteilung unmittelbare Relevanz für deren Verständnis hat. Die Geschichtsschreibung der »Alten Bundesrepublik« ist daher auch immer Teil der Selbstbeobachtung der Gegenwartsgesellschaft.

Dabei dient die Zeitgeschichte auch der historischen Legitimation, und diese unterschied sich nach 1945 von den vorangegangenen Perioden deutscher Geschichte: Während sich die meisten deutschen Historiker vor 1945 gegenüber dem Modell westlicher Demokratie distanziert bis ablehnend verhielten, stand die Geschichtsschreibung nach 1945 im Kontext des Kalten Krieges ganz im Zeichen der Westorientierung und Demokratisierung der Bundesrepublik. Dennoch kann die Geschichtsschreibung zur alten Bundesrepublik, ähnlich wie die früherer Perioden, einer kritischen Analyse unterzogen werden, um normative Prämissen, Leerstellen und potenziell apologetische Elemente herauszuarbeiten (Schöttler 1997).

Dies erscheint auch deshalb notwendig, weil die Geschichtsschreibung der alten Bundesrepublik in einem besonderen Maße mit der Subjektivität ihrer Historiker verbunden war. Es handelte sich in der Tat um eine Geschichte der »Mitlebenden«, wie dies Hans Rothfels in seinem programmatischen Aufsatz zur deutschen Zeitgeschichte schon 1950 formulierte (Eckert 2023). Die legitimatorische Funktion der bundesdeutschen Geschichtsschreibung war daher stets reziprok: Während die Historiker der alten Bundesrepublik ein normatives Gerüst verliehen, war deren Geschichte andersherum auch immer ein Spiegelbild der Lebensgeschichten ihrer Historiker. Im Bildungssystem der Nachkriegsjahre konnten sie zu einflussreichen Professoren aufsteigen. Dies mag auch erklären, dass diese immer schon eine »empathische Identifikation mit der Verfassung und politischen Ordnung der Bundesrepublik« praktizierten, wie Paul Nolte bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten feststellte (Nolte 1999, S. 426). Die großen Kontroversen der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 betrafen daher kaum die jüngere Geschichte der Bundesrepublik, sondern das Kaiserreich, wie die Fischer-Kontroverse um den Ausbruch des Ersten Weltkriegs oder die Sonderwegs-Debatte über Kontinuitäten von Bismarck bis Hitler; ferner die Weimarer

Republik, etwa die brüningsche Deflationspolitik während der Weltwirtschaftskrise. Für die Diskussion des Nationalsozialismus nahm in den 1980er Jahren der »Historikerstreit« um die Bedeutung des Holocaust eine herausragende Rolle ein. In diesen Kontroversen ging es immer aber auch um das Selbstverständnis der neu gegründeten Bundesrepublik. So waren die Verteidiger der brüningschen Deflationspolitik – Maßnahmen während der Weltwirtschaftskrise, die zulasten der Arbeiter*innen und Arbeitslosen gingen – nicht zufällig auch Vertreter der neoliberalen Wende der deutschen Wirtschaftspolitik in den frühen 1980er Jahren. Der allseits anerkannte Triumph linksliberaler Historiker im »Historikerstreit« begründete die bis heute geläufige und kontrovers diskutierte These der »Singularität des Holocaust«, auch wenn schon damals alternativ von »Präzedenzlosigkeit« oder »Besonderheit« die Rede war, um den Holocaust von anderen Massenverbrechen zu unterscheiden. Die von linksliberalen Historikern entwickelte »Sonderwegsthese« – die Vorstellung einer gescheiterten Modernisierung im 19. Jahrhundert, die letztendlich im Nationalsozialismus kulminiert sei – bezog ihre zeitgenössische Bedeutung vor allem aus dem Kontrast zur gesellschaftlichen Modernisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, mit der die pathologische Fehlentwicklung der deutschen Geschichte an ihr Ende gelangt sei. Oder wie Hans-Ulrich Wehler, der führende Vertreter dieser These, erklärte: »Insofern hebt sich die erstaunliche Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik vor dieser Folie [des deutschen Wegs in die Moderne] um so heller ab. Sie hat den meisten dieser Sonderbedingungen eine klare Absage erteilt, das war die Prämisse ihres Aufstiegs.« (Wehler 2008, S. 437; Erg. d. Verf.)

Nach dem Zusammenbruch der DDR und der deutschen Vereinigung erschien die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik als eine kaum mehr zu bezweifelnde historische Tatsache bei Historikern unterschiedlichster politischer Couleur. Für den linksliberalen Axel Schildt, bis 2017 Leiter der Hamburger Forschungsstelle für Zeitgeschichte, lag jeder Versuch, diese Erfolgsgeschichte »abzuwerten oder zu relativieren«, jenseits ernsthafter historischer Debatte (Schildt 2002, S. 260). Und noch im Jahr 2023, anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der Fachzeitschrift *Vierteljahrshefte zur Zeitgeschichte*, erklärte der Freiburger Zeithistoriker Ulrich Herbert die Infragestellung einer »mangelnden historiografischen Konfliktualität« in der Bundesrepublik wie auch die Kritik an der »normativen Bindung an Westlichkeit und liberale Demokratie« zu einer marginalen Sache »linker und rechter Außenseiter der Zunft« (Herbert 2023, S. 648).

Allein die Behauptung eines solchen angeblich allumfassenden Konsenses macht sich verdächtig, ein affirmatives und damit hochgradig ideologieverdächtiges Geschichtsbild der »alten Bundesrepublik« zu tradieren. Nicht nur ignoriert diese Diagnose die englischsprachige Forschung, die eine zum Teil deutlich kritischere Perspektive eingenommen hat und sehr wohl eine Konflikthaftigkeit der Historiographie hatte erkennen lassen (Moeller 1997; Schissler 2001; aber auch Felsch/Witzel 2016). Die Begründung der Zeitgeschichte und damit auch der Holocausthistoriographie hatte sich zudem unter Ausschluss jüdischer Historiker etabliert, wie die Marginalisierung des jüdischen Historikers Joseph Wulf am neu gegründeten Münchener Institut für Zeitgeschichte zeigte (Berg 2003).

Zunächst fällt auf, dass die angeblich so nüchterne Geschichte der Bundesrepublik schon früh von einer Metaphorik des »Wunders« geprägt war. Am Anfang stand das »Wirtschaftswunder«, gefolgt von dem Glauben an ein »magisches Viereck« der Keynesianischen Wirtschaftspolitik der 1960er Jahre. Historiker diagnostizierten auch ein vermeintliches »Wunder der politischen Demokratisierung« oder kritisierten einen »Mythos der schnellen Integration« der Flüchtlinge und Vertriebenen (Prowe 2001; Lüttinger 1986). Schließlich war da das »Wunder von Bern«, der unerwartete Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 1954, das zum Sinnbild des Wiederaufstieges der damals noch als »jung« apostrophierten Bundesrepublik überhaupt wurde. Interessanterweise ging die gehäufte Verwendung der Begriffe »Wunder« und »Magie« einher mit einer tatsächlichen Konjunktur des populären Glaubens an Wunderheiler und selbst Hexerei in der frühen Bundesrepublik, wie die US-amerikanische Historikerin Monica Black unlängst gezeigt hat (Black 2020). Die Kehrseite der gewissermaßen wundersamen Heilung der Bundesrepublik blieb eine untergründige Faszination von Verbrechen, Massenmördern und »dem Bösen« schlechthin, die frühe Bundesrepublik glich einer »BRD Noir«, wie es der Berliner Kulturhistoriker Philipp Felsch und der Schriftsteller Frank Witzel in Anschluss an das Genre des *film noir* nannten. Diese äußerte sich auch in der Popularität von Kriminalserien wie *Tatort* oder *Aktenzeichen XY... ungelöst*, die der Babyboomer-Generation unzählige Alpträume beschert haben dürften (Felsch/Witzel 2016; vgl. auch Schilling 2023). Der weitverbreitete Glaube an mythische Ursprungserzählungen weist augenfällige strukturelle Parallelen zum antifaschistischen Gründungsmythos der DDR auf.

Darüber hinaus wurden in der historiographischen Selbstbeobachtung der Bundesrepublik gleichsam magische Beschwörungsformeln geprägt, die eher Ausdruck einer emotionalen Sehnsucht denn akkurate Widerspiegelung gesellschaftlicher Realität waren. Allen diesen Zeitdiagnosen war gemein, einen Zustand liberal-demokratischer Normalität und Stabilität heraufzubeschwören, dessen Existenz keinesfalls als gesichert gelten konnte, sondern insgesamt eher prekär blieb. So hat Klaus Naumann, Historiker am Hamburger Institut für Sozialforschung, schon zur Jahrtausendwende gezeigt, dass die Verkündung des »Endes der Nachkriegszeit« die gesamte Geschichte der alten Bundesrepublik durchzogen hatte und gerade dadurch das angeblich Überwundene, nämlich die vielfältigen sozialen, psychischen und emotionalen Folgen des Krieges, präsent hielt (Naumann 1999). Die vom Schweizer Publizisten Fritz Allemann 1956 geprägte Formel »Bonn ist nicht Weimar« evozierte in ihrer geradezu zwanghaften Wiederholung im öffentlichen Diskurs nagende Zweifel, dass »Bonn« vielleicht doch noch »Weimar« werden könnte. Und das Postulat, dass die Berliner Republik nun endlich eine »normale Nation« sei (Jarausch 2010), warf die Frage auf, wie »normal« eine Normalität sein konnte, die immer wieder behauptet werden musste. Ganz abgesehen davon, dass zunächst zu klären wäre, welche normativen Vorstellungen dieser Behauptung zugrunde liegen.

Spätestens seit den 1980er Jahren hatte die florierende Forschung zur Geschichte der alten Bundesrepublik eine ganze Reihe von leitenden Paradigmen entwickelt, zumeist in der Form von Prozessbegriffen, die Erklärungen der westdeutschen Erfolgsgeschichte lieferten: »Modernisierung«, »Westernisierung«, »Liberalisierung«, »Amerikanisierung«. Diese konzeptionellen Begriffe avancierten zu den zentralen analytischen Instrumenten des Feldes und bezeichnen den Ausgangspunkt jeder Beschäftigung mit der Geschichte der alten Bundesrepublik. Obgleich diese Paradigmen gerade auch in der jüngeren Forschung zunehmend in die Kritik geraten sind, kommt ihnen doch nach wie vor ein hegemonialer Status zu (vgl. Biess/Eckert 2019; Trentmann 2023). Dies zeigt sich bereits in den Titeln der bundesrepublikanischen Gesamtdarstellungen – *Ankunft im Westen* (Schildt 1999), *Der lange Weg nach Westen* (Winkler 2000), *Geglückte Demokratie* (Wolfrum 2006) oder *Die Umkehr* (Jarausch 2006) – wie sie insbesondere in den 1990er und 2000er Jahren von ausnahmslos arrivierten männlichen Professoren verfasst

wurden (vgl. auch Ritter 1998; Görtemaker 2004; Wehler 2008; Conze 2009 und Herbert 2014). Diese übergeordneten, die historische Detailforschung organisierenden Narrative zur Geschichte der alten Bundesrepublik sind allesamt stark teleologisch ausgerichtet. Sie beschreiben eine lineare, aus sich selbst heraus angetriebene Entwicklung von einem schwierigen Anfang hin zu einem guten Ende. Der bundesrepublikanischen Gesellschaft gelang es demnach, sich gewissermaßen am eigenen Schopf – mit nur geringer Hilfe der alliierten Sieger – aus dem Schlamassel der totalen Niederlage zu ziehen. Die »-ierungs«-Prozesse bezeichnen dabei oft auch einen vermeintlichen Zugewinn aufklärerischer Rationalität, einen erfolgreich abgeschlossenen Lernprozess, über den vermittelt sich die postfaschistische in eine westlich-liberale Gesellschaft selbst transformierte. Interessanterweise erscheinen dabei auch neomarxistische Bewegungen wie die »68er«, die oft kein gutes Haar an der liberalen Demokratie ließen, als Katalysatoren einer übergeordneten (Fundamental-)Liberalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft (Herbert 2002).

Die in solcher Weise komponierte westdeutsche Erfolgsgeschichte basierte auf einer unkritischen und zutiefst affirmativen Haltung gegenüber den normativen Versprechen einer westlichen Modernität. Der »Westen« war laut Heinrich August Winkler das Telos der Geschichte der Bundesrepublik, ihre innere Geschichte wurde, so etwa von Doering-Manteuffel, als »Westernisierung« konzipiert (Doering-Manteuffel 2019; vgl. auch Schildt 1999; Winkler 2000). Hierin zumindest waren sich die sonst eher zerstrittenen links-liberalen Vertreter der historischen Sozialwissenschaft um Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka mit ihren liberal-konservativen Antipoden einig. Erbitterte Debatten lieferten sie sich zwar um die Frage, inwiefern die Geschichte Deutschlands vom Normalpfad westlicher Demokratien abgewichen sei und wie tief die Wurzeln des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte zurückreichten. Doch für beide Lager war auch klar, dass dieser umstrittene Sonderweg mit der Gründung der Bundesrepublik an sein Ende gekommen sei. Die bundesdeutsche Geschichte kehrte nach 1945 gleichsam auf den westlich-liberalen Normalpfad zurück, den sie im Verlauf des 19. Jahrhunderts verlassen hatte.

Interessanterweise hielten führende amerikanische Historiker wie James Sheehan oder Charles Maier immer eine gewisse Distanz gegenüber der Sonderwegsthese ihrer Bielefelder Kollegen (Stelzel 2018, S. 140). Und der wichtigste kritische Einspruch war schon in den frühen 1980er Jahren von den britischen Historikern David Blackbourn und Geoff Eley formuliert worden, bezeichnenderweise erschien das Buch in der deutschen Ausgabe unter dem Titel »Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848« (Blackbourn/Eley 1984). Trotz dieser frühen Kritik aus dem Ausland blieb die Zeitgeschichte der Bundesrepublik lange immun gegenüber einer zunehmend kritischen Sicht auf die westliche Moderne, wie sie ebenfalls seit den 1980er Jahren aus postkolonialer und post-strukturalistischer Perspektive in ebenjenen Zentren der westlichen Moderne – den Vereinigten Staaten, Großbritannien oder Frankreich – entwickelt wurde. Diese Ansätze wurden an westdeutschen Universitäten vornehmlich von jüngeren Historiker*innen über die Geschlechter- und Kulturgeschichte und hier vorzugsweise mit Blick auf frühere Zeitperioden eingeführt (Frevert 1986; Lüdtke 1989). Die Theoriegeschichte der Bundesrepublik verlief dagegen weitgehend ohne Beteiligung der Zeitgeschichte. Die Rezeption von Poststrukturalismus und Postmoderne vollzog sich vor allem über außerakademische intellektuelle Milieus und wissenssoziologische Stränge wie beispielsweise den West-Berliner Merve Verlag, der viele Übersetzungen theoretischer Texte aus dem Französischen publizierte (Felsch 2016). Weite Teile der Zeitgeschichte blieben jedoch gegenüber ausländischen Theorieansätzen eher skeptisch bis hin zur gegenwärtigen Resistenz gegenüber der Anwendung postkolonialer Einsichten auf die Erinnerungskultur oder das Verständnis des Nationalsozialismus (Friedländer/Frei et al. 2022).

Der Konsens als Mythos

Das Resultat dieser unkritischen normativen Orientierung an den Versprechen der westlichen Moderne mit einer nur selektiven Rezeption internationaler Forschung war ein idealisiertes, unkritisches und ja, mythisiertes Bild der »Alten Bundesrepublik«, das nicht nur fortexistiert, sondern angesichts der krisengeschüttelten Berliner Republik sogar umso heller strahlt. Dadurch lässt sich auch eine vermeintlich hartnäckig weiterbestehende Differenz zum Ostteil Deutschlands nach 1990 plausibilisieren, was beispielsweise die ökonomischen Lebensbedingen, aber auch den Zulauf zur AfD angeht. Denn den ehemaligen DDR-Bürger*innen war der

westdeutsche Liberalisierungsgewinn seit 1945 ja vorenthalten worden; sie mussten diesen gewissermaßen erst nachholend erreichen (Habermas 1990). Aus westdeutscher Sicht hat diese These jedoch auch den Vorzug, dass etwaige, von den politischen Eliten der alten Bundesrepublik zu verantwortende Fehler und Versäumnisse im Vereinigungsprozess als Erklärung für eine fortbestehende ostdeutsche Differenz in den Hintergrund treten oder auch der Einfluss eines genuin westdeutschen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern relativiert wird.

Das affirmative Geschichtsbild der Bundesrepublik erfüllte somit legitimatorische und identitätsstiftende Funktionen auf einer ganzen Reihe von Ebenen, verdeckte dabei jedoch die dunklen, illiberalen und exkludierenden Aspekte der westdeutschen Gesellschaft. Ähnlich wie in der Geschichtsschreibung der DDR der »real existierende Sozialismus« von den Versprechungen marxistischer Theorie unterschieden wird, sollte analog für die Geschichte der Bundesrepublik verstärkt der »real existierende Liberalismus« und weniger dessen Idealvorstellung in den Blick genommen werden.

Eine Kritik des Mythos »Alte Bundesrepublik« kann mit dem Einwand beginnen, dass die optimistischen, vorwärtsweisenden Narrative der Historiker das zeitgenössische Bewusstsein nur bedingt widerspiegeln. Denn anders als die aus der Rückschau erzählenden Chronisten, konnten die Zeitgenoss*innen den vermeintlich guten Ausgang der westdeutschen Nachkriegsgeschichte nicht antizipieren. Vielmehr waren deren Gegenwart von rekurrierenden Angstzyklen geprägt. Waren nach 1945 Ängste vor alliierter Vergeltung, vor einem Atomkrieg oder vor dem Kommunismus präsent, so hält die Angst vor der ökologischen Katastrophe bis in unsere Gegenwart an. Auch die mittlerweile politische Spektren übergreifend geschürte Angst vor einer Überfremdung reicht bis in die 1980er Jahre zurück (Biess 2019). Möglicherweise erfüllten manche dieser Ängste auch eine produktive Funktion. So trug die Angst vor einer möglichen autoritären Wende durchaus zur Demokratisierung der alten Bundesrepublik bei. Der »Erfolg« der Bundesrepublik speiste sich womöglich gerade auch aus diesem Krisenbewusstsein und der Antizipation möglicher Katastrophen, weniger aus einem linearen, progressiven Transformationsprozess.

Mythisierende Erfolgsnarrative tendieren zudem dazu, das Ausmaß des politischen Konsenses in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte zu überzeichnen. Dies wiederum ging mit einer Unterschätzung der Gefahren einher, die der politischen und konstitutionellen Ordnung der alten Bundesrepublik insbesondere durch den Rechtsextremismus drohten. Dessen Virulenz blieb in der Historiographie der Bundesrepublik bis in die jüngste Zeit massiv unterbelichtet (Frei/Maubach et al. 2019). So wurde »Terrorismus« im öffentlichen Bewusstsein nahezu ausschließlich mit der Geschichte des Linksterrorismus und der RAF assoziiert, in jüngerer Zeit vielleicht noch mit islamistischem Terrorismus. Dabei war der Terrorakt mit den meisten Todesopfern in der Geschichte der Bundesrepublik der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest im Jahr 1980, verübt von einem Mitglied der rechtsextremen Wehrsportgruppe Hoffmann. Bis in die Gegenwart übersteigt das Ausmaß rechter Gewalt bei Weitem das der linken. Die viel zitierte westdeutsche »wehrhafte Demokratie« erwies sich deutlich wehrhafter nach links als nach rechts. Was im Gefolge des Nationalsozialismus nicht existieren durfte, existierte auch im Geschichtsbild schlichtweg nicht. Diese Ausblendung betraf auch den Antisemitismus. So waren die westdeutschen Strafverfolgungsbehörden nicht in der Lage, den ebenfalls im Jahr 1980 in Erlangen verübten Doppelmord an Shlomo Lewin, dem ehemaligen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Nürnberg, und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke trotz massiver Indizien als antisemitisch motiviert zu erkennen. Dieser Mord wurde erst kürzlich historisch aufgearbeitet (Jensen 2022). Hier lässt sich eine Kontinuitätslinie zu den Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in den 2000er Jahren ziehen, deren rassistische Motivation lange nicht erkannt wurde. Rechtsextremismus und Antisemitismus waren in der westdeutschen Gesellschaft tief verankert. Aber sie ließen sich nur schwer in die Narrative einer linear verlaufenden, progressiven Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, ihrer zunehmenden Liberalisierung und Demokratisierung, integrieren; und wenn, dann nur als atavistischer und marginaler Überhang einer vergangenen Periode. Zeitgenoss*en und Historiker*innen haben sich gleichermaßen schwer damit getan, die anhaltende Virulenz des Antisemitismus in der westdeutschen Gesellschaft anzuerkennen.

Die Gesellschaft der frühen Bundesrepublik war wahrscheinlich die ethnisch homogenste in der deutschen Geschichte seit 1870. Die jüdische Bevölkerung umfasste nach der nationalsozialistischen Vernichtung nurmehr 30 000 von zuvor 500 000 Personen. Auch ein Großteil der im Deutschen Reich lebenden Sinti*zze und Rom*ja war ermordet worden. Wie sehr die kleine jüdische Minderheit von Überlebenden und Displaced Persons die frühe Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik mitprägte, kam vor allem in den 2000er Jahren in den Fokus der Forschung (vgl. Brenner 2012; Kauders 2007). Die Ankunft von Millionen ethnisch deutscher Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsversehrter schaffte eine so gespensterhafte wie einheitliche Bevölkerung, die trotz aller Prekarität das Gefühl gesellschaftlicher Geschlossenheit erzeugte (vgl. Schmidt 2022, S. 32–73). Dies mag auch daran gelegen haben, dass sozialstaatliche Leistungen nahezu ausschließlich ethnisch Deutschen vorbehalten waren. Von der wichtigsten sozialpolitischen Neuerung, der Dynamisierung der Rente im Jahr 1957, profitieren vor allem die Männer der Kriegsgeneration. Die Rekrutierung der sogenannten Gastarbeiter veränderte diese Situation grundlegend. Denn den Neuankömmlingen und ihren Familien wurde bereits damals vorgehalten, vom westdeutschen Sozialstaat profitieren zu wollen. Es dauerte lange, bis sowohl Zeitgenoss*innen also auch Historiker*innen die Existenz einer Einwanderungsgesellschaft anzuerkennen gewillt waren (Chin 2017, S. 102; Alexopoulou 2020, S. 221f.; vgl. auch Miller 2018), die in einigen Aspekten durchaus Ähnlichkeiten zu den postkolonialen Einwanderungsgesellschaften in Frankreich und England aufwies, allerdings immer in spezifisch deutscher Färbung. So sorgten sich westdeutsche Offizielle, dass die Zunahme türkischer Gastarbeiter neonazistische Neigungen in der Bevölkerung stärken könnte. Die mit Liberalisierung und Westernisierung einhergehenden Exklusionsformen waren bereits in der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik verankert. Denn die amerikanische Armee, die die Deutschen von den Nazis befreite, war bis 1948 eine segregierte Armee, in der afroamerikanische GIs systematisch diskriminiert

wurden. Diese Tatsache wurde aber in den gängigen Darstellungen zur amerikanischen Besatzungszeit kaum thematisiert (Henke 1995). Während offener Antisemitismus nach 1945 tabu war, lernten die Westdeutschen nach 1945 von den Besatzungsmächten, dass bestimmte Formen von Rassismus, beispielsweise gegenüber Menschen afrikanischer oder afroamerikanischer Herkunft, mit der liberalen Demokratie durchaus kompatibel waren. Oder wie es Maria Höhn formulierte: »Die tägliche Interaktion mit dem weiterverbreiteten und institutionalisierten Rassismus ihrer amerikanischen Mentoren versicherte vielen Deutschen, dass ihr Bündnis mit Amerika in der Tat vor allem ein Bündnis zweier weißer Nationen war.« (Höhn 2002, S. 234)

Darüber hinaus war die frühe Bundesrepublik eine massiv homophobe Gesellschaft. Die von den Nationalsozialisten eingeführte Verschärfung des Paragraphen 175 zur Kriminalisierung der Homosexualität – diese blieb nicht auf Geschlechtsverkehr begrenzt, sondern bezog auch Küsse oder verführerische Blicke mit ein – hatte bis 1969 Bestand. In dieser Hinsicht liberalisierte sich die westdeutsche Gesellschaft seit den 1970er Jahren tatsächlich. Allerdings blieben die Bewegung für die Rechte Homosexueller wie auch deren fortbestehende Diskriminierung in der Historiographie lange unterbelichtet. Aus der Perspektive schwuler Männer – wie auch lesbischer Frauen und trans Personen – erscheint die Geschichte der alten Bundesrepublik konfliktbehafteter, repressiver und letztlich auch weniger »erfolgreich« (Gammerl 2021).

Erinnerungskultur als Erfolgsgeschichte?

Die deutsche Erinnerungskultur gilt mittlerweile als ein weltweit nachahmenswertes Modell. War der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht letztlich gar eines der wichtigsten Indizien einer westdeutschen Erfolgsgeschichte? Und hat die Geschichtswissenschaft, insbesondere die relativ spät einsetzende Holocaustforschung, nicht wesentlich zu dieser Erinnerungskultur beigetragen? So ist etwa das National Memorial of Peace and Justice in Montgomery, Alabama, von der deutschen Erinnerung an den Holocaust inspiriert (Neiman 2020 [2019], S. 395). Allerdings ist

diese »offizielle« Erinnerungskultur nur bedingt ein Produkt der alten Bundesrepublik. Zwar gab es seit ihrem Bestehen zivilgesellschaftliche Initiativen, insbesondere von Verfolgten und Überlebenden des Nationalsozialismus, die sich – zum Teil gegen erhebliche Widerstände – für eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einsetzten (Konitzer/Stengel 2008). Diese Grundsteine der Erinnerungspolitik fanden jedoch staatlicherseits erst in den 1980er Jahren und vermehrt dann in den ersten Jahren der Berliner Republik Beachtung. Die westdeutsche Bilanz zur Aufarbeitung der NS-Zeit war bis dahin eher gemischt. So wurde die »gewisse Stille« zum Nationalsozialismus, die der Philosoph Hermann Lübbe in den 1980er Jahren thematisierte, als eine funktionale Voraussetzung der Re-Integration von Millionen ehemaliger Nazis, Mitläufer*innen wie Täter*innen, in die westdeutsche Gesellschaft gedeutet und auf diese Weise auch gerechtfertigt (Lübbe 1983, S. 426). Die Wiederaufnahme der Strafverfolgung der NS-Verbrechen wurde oft von einzelnen Personen wie dem jüdischen Frankfurter Staatsanwalt Fritz Bauer initiiert und vollzog sich gegen den Willen der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft. Nach dem Abschluss des Auschwitz-Prozesses befürworteten 69 Prozent der Westdeutschen einen »Schlussstrich« unter die Aufarbeitung der Vergangenheit. Darüber hinaus war das westdeutsche Strafrecht für die juristische Aufarbeitung eines Genozids nur bedingt geeignet (Pendas 2010). Die Leugnung der NS-Verbrechen wurde erst 1985 kriminalisiert und auch dann nur gemeinsam mit der Leugnung von Flucht und Vertreibung (Jensen 2022, S. 181).

Aus heutiger Sicht signifikant ist auch die Tatsache, dass diese Anfänge der Erinnerungskultur in den 1980er Jahren einhergingen mit einer zunehmenden öffentlichen Präsenz von migrantischen, vor allem türkischen Gruppen und Afro-Deutschen in der alten Bundesrepublik (Florvil 2020). War die Holocaust-Erinnerung auch ein Mittel, um rassistische Diskriminierung im Alltag zu kritisieren, also eine Art »multidirektionale Erinnerung« (Rothberg 2021) zu praktizieren? Oder erschwerte die Fokussierung auf den nationalsozialistischen Rassismus nicht vielmehr die Thematisierung des Alltagsrassismus in der westdeutschen Gesellschaft? Denn dieser trat in der liberal-demokratischen Einwanderungsgesellschaft vermehrt in Form eines kulturell begründeten Rassismus auf, der

nicht zwangsläufig in einer Kontinuität zum biologistischen Rassismus der NS-Zeit stehen musste (Chin 2017, S. 143; vgl. auch Stokes 2022). Auch die heute anhaltend kontrovers diskutierte Frage des Verhältnisses der Erinnerung an den Kolonialismus zu der an den Holocaust lässt sich bis Anfang der 2000er Jahre zurückverfolgen (vgl. Gerwarth/Malinowski 2009).

Was bis vor Kurzem als unumstrittene Leistung der alten Bundesrepublik erschien, nämlich die, wenn auch sehr späte Entwicklung einer selbstkritischen Holocaust-Erinnerung vor allem seit den 1990er Jahren, erscheint aus heutiger Sicht weitaus ambivalenter: Zum einen war aus dem Blick geraten, dass diese gegen institutionelle Widerstände errungen werden musste, zum anderen zeigt die Debatte, dass die zunehmende Akzeptanz, in einer postmigrantischen Gesellschaft zu leben, die erinnerungskulturelle Erfolgserzählung herausfordert. Wie immer man sich in den jüngsten Debatten positionieren mag, es ist aus heutiger Sicht offensichtlich, dass die Holocaust-Erinnerung in einer zunehmend pluralen Gesellschaft nicht selten als hegemoniales, mehrheitlich deutsches Projekt empfunden wird, wie Esra Özyürek für Zuwander*innen aus dem muslimischen Raum zeigt (Özyürek 2023). Die staatliche Erinnerung an den Holocaust blieb, wie dies der Historiker Frank Trentmann jüngst in seiner Moralgeschichte *Aufbruch des Gewissens* zuspitzte, »fest in deutscher Hand« (Trentmann 2023, S. 683). Dass diese Form der Erinnerungskultur einer veränderten, zunehmend diversen Gesellschaft nicht mehr gerecht wird, ist keine Einsicht, die einem vermeintlichen linken Geschichtsrevisionismus entstammt, sondern reflektiert schlichtweg eine im Vergleich zur alten Bundesrepublik veränderte gesellschaftliche Realität. Ebenso ist die aus der Holocaust-Erinnerung und der Singularitätsthese abgeleitete Verpflichtung einer nahezu bedingungslosen Unterstützung Israels angesichts der rechtsnationalen Wendung der israelischen Politik gesellschaftlich zunehmend schwerer zu vermitteln. Der Angriff und die Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 und der daraus resultierende Krieg in Gaza haben auch die Kontroversen um die offizielle Erinnerungskultur nochmals verschärft.

Eine Geschichtsschreibung der alten Bundesrepublik in kritischer Absicht hätte sich dieser auch aus der Perspektive der Marginalisierten zu nähern. Damit würden auch die Ambivalenzen der Liberalisierung stärker in den Vordergrund treten, einschließlich der ihr eigenen Formen von Exklusion und struktureller Diskriminierung. Anstatt eine positive Kontrastfolie zur krisengeschüttelten Gegenwart zu bieten, könnte die Genese gegenwärtiger Krisen im Rückblick verständlicher werden. Eine derartig kritische Perspektive böte dann auch die Gelegenheit, Mythos und Realität auseinanderzurücken und somit auch die unzweifelhaften Errungenschaften der alten Bundesrepublik neu zu konturieren.

litera